

Energie Control GmbH
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ergeht per Email
tarife@e-control.at

Abteilung für Umwelt-
und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | A-1045 Wien
T 05 90 900DW | F 05 90 900-269
E up@wko.at
W <http://wko.at/up>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
	Up/854/Kr	4222	18.11.2013
	Mag. Cristina Kramer		

Novelle der Strom-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2014 (SNE-VO 2014) STELLUNGNAHME

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für den zur Verfügung gestellten Novellierungsentwurf der Regulierungskommission der Energie-Control über die Anpassung der Strom-Systemnutzungsentgelte und nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. ALLGEMEINES

Der Großteil der österreichischen Stromverteilernetzbetreiber unterliegt seit 1. Jänner 2006 einer Anreizregulierung, die sich bislang über zwei Regulierungsperioden zu je vier Jahren erstreckt hat.

Die E-Control hat daher vor Beginn der dritten Regulierungsperiode eine Kostenprüfung der Netzbetreiber im Strombereich durchgeführt, die nunmehr für die Ermittlung der Netzentgelte 2014 herangezogen wird. Parallel dazu wurde in einem Benchmarkingverfahren die Kosteneffizienz der einzelnen Netzbetreiber geprüft.

Mit dem vorliegenden Entwurf zur SNE-VO 2014 werden in erster Linie die Tarife neu festgesetzt.

Grundsätzlich werden per 1. Jänner 2014 in fast allen Bundesländern die Strom Systemnutzungsentgelte zum Teil deutlich sinken.

Daher begrüßt die Wirtschaftskammer Österreich grundsätzlich die geplante Reduzierung der Systemnutzungstarife, weil damit die heimischen Unternehmen wirksam entlastet, der Wirtschaftsstandort gestärkt sowie heimische Arbeitsplätze nachhaltig gesichert werden können.

2. SONDERSITUATION STEIERMARK

Ad. § 4 Abs. 1 Z 1 bis 7 - Bestimmung des Netznutzungsentgeltes

Mit dem vorliegenden Begutachtungsentwurf droht im Netzbereich Steiermark eine Veränderung der ohnehin schon überhöhten Netztarife, die für den gesamten Wirtschafts- und Industrielandstandort Steiermark äußerst nachteilig ist. Es ist unverständlich, wie sich eine, im Verhältnis zum übrigen österreichischen Durchschnitt, weitere Erhöhung der Systemnutzungsentgelte in allen Netzebenen ergeben kann und die Differenzen zu den Netzbereichen mit den günstigsten Netztarifen ebenfalls weiter zu Ungunsten der steirischen Netzkunden größer werden.

Es sind gemäß dem Entwurf der SNE-Novelle 2014 in allen Netzebenen in der Steiermark die Netzentgelte höher als im Bundesdurchschnitt, wobei die NE 4, 5, 6 und 7 um 10 bis 13 % die NE 7 mit gemessener Leistung sogar um 25,9 % höher sind. Die Preisdifferenzen zu den besten Netzbereichen betragen zwischen 13,2 in der NE 3 und unglaublichen 46,8 % in der NE 7 gem!

Alle steirischen Netzkunden müssen durchschnittlich um 12% mehr als im übrigen Österreich und sogar um 34 % mehr als in den jeweils günstigsten Netzbereichen für dieselbe Leistung bezahlen.

Stmk. relativ zu Ö-Durchschnitt		Stmk. bezogen auf günstigsten	
NE 3	+ 0,5%	+ 13,2%	(Vorarlberg)
NE 4	+ 12,9%	+ 37,7%	(Oberösterreich)
NE 5	+ 10,0%	+ 36,9%	(Graz)
NE 6	+ 10,9%	+ 36,0%	(Linz)
NE7 gem	+ 25,9%	+ 46,8%	(Linz)
NE7 ng	+ 10,4%	+ 32,8%	(Graz)

Tabelle: Entgeltrelation für Netzkunden mit typischer Benutzungsdauer je Netzebene, gem. E-Control Angaben

Die sich daraus unmittelbar ergebenden Kostennachteile für die gewerbliche Wirtschaft in der Steiermark sind so nicht akzeptabel.

Eine schrittweise Angleichung der Netznutzungsentgelte des Netzbereiches Steiermark an den österreichischen Durchschnitt innerhalb der 3. Regulierungsperiode ist daher anzustreben. Mit dem vorliegenden Entwurf wird diesem Ansinnen jedoch nicht Rechnung getragen.

Ad. § 13 Abs. 3 Ausgleichszahlungen

Die Ermittlung von Ausgleichszahlungen ist grundsätzlich zu begrüßen. Das Ergebnis ist aber im Netzbereich Steiermark nicht nachvollziehbar und im Hinblick auf die örtlichen Gegebenheiten konträr zur tatsächlichen Situation. Tatsache ist, dass nach dem derzeitigen Regime strukturell benachteiligte Unternehmen mit einer günstigen Kostenstruktur, sprich effiziente Unternehmen, strukturell bevorzugte Unternehmen mit einer ungünstigen Kostenstruktur, mit anderen Worten ineffiziente Unternehmen, alimentieren.

Es ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, dass strukturbegünstigte, vor allem städtische Unternehmen, die selbst mit den deutlich über dem österreichischen Durchschnitt liegenden hohen Tarifen des Netzbereiches Steiermark wirtschaftlich nicht das Auslangen finden können, von Unternehmen mit einer hohen Kosteneffizienz aber strukturellen Nachteilen „subventioniert“ werden, und das letztlich zulasten der Kunden. Solche Transferzahlungen sind strikt ab-

zulehnen, da damit kein Anreiz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Betrieben mit hohen Kosten verbunden ist. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die umfassenden Stellungnahmen der WKO an die Regulierungskommission im Hinblick auf die strukturellen Gegebenheiten der Steiermark. Nach unseren Überprüfungen und allgemein anerkannten und wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen müssten umgekehrt strukturell bevorzugte Unternehmen die niedrigeren Kosten haben und Ausgleichszahlungen abhängig von einem allerdings deutlich gesenkten Tarifniveau bekommen. Wir fordern die festgestellten Kosten/Erlösüberhänge generell zur Reduktion der hohen Netznutzungsentgelte im Netzbereich Steiermark zu verwenden und nicht als Transfer für Unternehmen mit zu viel hohen Kosten zu lasten aller steirischen Kunden.

Dass die steirischen Netztarife zu hoch sein müssen, ist auch daran zu erkennen, dass keiner der übrigen ca. 40 Netzbetreiber unter 50 GWh einen Antrag auf Kostenprüfung und Ausgleichszahlungen gestellt hat. Nicht nur die städtischen Unternehmen sondern sogar alle strukturell benachteiligten kleinen Netzbetreiber unter 50 GWh leben gut mit den gegebenen Netztarifen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Methodik und Vorgehensweise der E-Control wie aus den Ergebnissen letztlich der Novelle 2014 zur SNE-VO 2012 ersichtlich wird, nicht der gegebenen Situation und Struktur in der Steiermark entspricht. Die Regulierungskommission wird daher um Berücksichtigung unserer steirischen Argumente, bei der Festsetzung der steirischen Systemnutzungsentgelte und der Ausgleichszahlungen ersucht.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme, bitten um Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin